

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2017 / Ausgabe 139 - 13. April 2017



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,  
LIEBE FREUNDE,**

**Griechenland.** Die griechische Politik bringt sich offensichtlich für zwei Ereignisse in Stellung: Am 24. September 2017 wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt und das aktuelle, dritte Griechenland-Programm läuft zum 20. August 2018 aus. Vermutlich hoffen in Athen nicht wenige auf einen Regierungswechsel in Berlin. Denn in der Tat: Mit einem Bundeskanzler Martin Schulz wäre man einem Schuldenerlass ein gutes Stück näher gekommen.

---

*Innen- und sicherheitspolitische Kompetenz sucht man in den Reihen der SPD nicht nur bei der Gallionsfigur des Totalversagens, NRW-Innenminister Ralf Jäger, vergeblich.*

---

**Das falsche Spiel mit der inneren Sicherheit.** Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte nehmen dramatisch zu. Im Gegensatz zu unseren Partnerländern dies- und jenseits des Atlantiks können wir uns hierzulande leider nicht an einer ausgeprägten Kultur des Respekts, der Achtung und der Dankbarkeit gegenüber unseren Sicherheitskräften erbauen. Seit Jahren drängt die Union daher auf ein unmissverständliches Signal zur Stärkung ihres Strafrechtsschutzes – gegen den Widerstand der SPD. Auch der Maghreb soll weiter „unsicher“ bleiben.

**Türkisches Verfassungsreferendum.** Noch stärker als Erdogan es betreibt, kann man die Ablehnung der EU, ihrer Kultur und Werte und ganz konkret ihrer Mitgliedsstaaten kaum noch formulieren. Am kommenden Sonntag droht das Land in eine islamistische Autokratie abzurutschen.

## IN DIESER AUSGABE

*Griechenland*

*Das falsche Spiel mit der inneren Sicherheit*

*Türkische Innenpolitik hat in Deutschland nichts zu suchen*

### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)  
[www.klaus-peter-willsch.de](http://www.klaus-peter-willsch.de)

### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## GRIECHENLAND

In den vergangenen Tagen haben sich in Griechenland gleich drei neue politische Bewegungen bzw. Parteien gegründet. Steht die griechische Parteienlandschaft womöglich vor tektonischen Verschiebungen? Oder gibt es einmal mehr nur alten Wein in neuen Schläuchen? Vieles deutet auf zweites hin. Denn die Initiatoren sind nicht irgendwer. Bei der Mitte-Links-Bewegung „Ora Apofaseon“ (dt. Zeit der Entscheidung) sind Europaabgeordnete sowie mit Anna Diamantopoulou und Yiannis Ragousis sogar auch ehemalige Minister mit an Bord. In der Regierung von Pasok-Ministerpräsident Giorgos Papandreou (2009-2012) leiteten die beiden zeitweise wichtige Ressorts wie Innen, Verkehr, Bildung und Wirtschaft.

Auch die neue Partei „Dimokratiki Eftini“ (dt. Demokratische Verantwortung) von Alekos Papadopoulos steht in den Startlöchern. Auch Papadopoulos war im Kabinett von Papandreou Minister (Gesundheit, Wirtschaft).

Mit dem Ziel, Griechenland von der Bail-out-Politik zu „befreien“, gründete auch der Europaabgeordnete Notis Marias jüngst eine eigene Partei. Der ehemalige ANEL-Politiker hat sich folgende Ziele auf die Fahne geschrieben: Neben einem Schuldenerlass möchte er grundsätzlich die „wucherischen Kreditgeber“ loswerden und dazu noch von Deutschland Reparationen für den Zweiten Weltkrieg eintreiben.

Schon vor der jüngsten Wahl zum Europäischen Parlament 2014 hatte der frühere saarländische FDP-Generalsekretär und FDP-Europaabgeordnete Jorgo Chatzimarkakis eine nur spärlich mit liberalen Fetzen verhüllte Schuldenerlasspartei gegründet (Hellenische Europabürger), mit der er allerdings den Wiedereinzug in das Europäische Parlament verpasste. Seine Neugründung war mit 1,44 % an der griechischen Dreiprozenthürde gescheitert. Ob der Doppelstaatler inzwischen

eine Sektkellerei auf Kreta betreibt, wie er zuvor angekündigt hatte, ist nicht verbürgt. (Hallo Jorgo, wenn es stimmt, freue ich mich auf 'ne Einladung!)

Die griechische Politik bringt sich offensichtlich für zwei Ereignisse in Stellung: Am 24. September 2017 wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt und das aktuelle, dritte Griechenland-Programm läuft zum 20. August 2018 aus. Vermutlich hoffen in Athen nicht wenige auf einen Regierungswechsel in Berlin. Denn in der Tat: Mit einem Bundeskanzler Martin Schulz wäre man einem Schuldenerlass ein gutes Stück näher gekommen. Schulz hat sich bereits im Jahr 2011 für Eurobonds, also die gemeinsame Begebung von Staatsanleihen aller Euro-Mitgliedstaaten, ausgesprochen. Schulz ist für viele griechische Politiker die Inkarnation des ewigen Traums: immer über den eigenen Verhältnissen leben können, weil der reiche Onkel für alles geradesteht!

Für jeden verantwortlichen deutschen Politiker sollten die Lehren aus sieben Jahre Eurokrise klar sein: Jeder Euro an Griechenland ist ein weiterer Euro zu viel. Sich dies nicht einzugestehen, ist die Fortsetzung des gewaltigen finanziellen Raubzuges bei unseren Kindern und Enkeln. Und aller schwülstig überhöhten Rhetorik in der Währungsfrage zum Trotz („scheitert der Euro, dann scheitert Europa“), ist die uns seit dem ersten Bail-out im Mai 2010 versprochene goldene Zukunft nicht in Sicht: Großbritannien geht, und auch bei den restlichen 27 geht nicht mehr viel zusammen.

Griechenland wurden seitdem in drei „Rettungspaketen“ insgesamt 301,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2012 wurde die griechische Schuldenlast mithilfe eines Schuldenschnittes und eines Schuldentrückkaufprogramms um 43 bzw. 21,6 Milliarden Euro erleichtert. Die Target-2-Schulden Athens belaufen sich aktuell auf über 71 Milliarden Euro. Die ELA-Verbindlichkeiten liegen auch zwei Jahre nach dem Chaosommer 2015 bei 43,7 Milliarden Euro.

Die griechische Regierung begegnet dieser in der europäischen Geschichte noch nie dagewesenen Solidarität aber keinesfalls in Demut, sondern stellt Ansprüche und fordert mehr vom Gleichen. Obwohl Athen im Dezember 2016 nochmals Schuldenerleichterungen gewährt wurden, besserte sich nichts. Im Gegenteil: Im Februar hieß es hierzu in einem internen Vermerk des EU-Verbindungsbüros des Deutschen Bundestages:

„Im Zusammenhang mit der zweiten Überprüfung des ESM-Anpassungsprogramms für Griechenland laufen die Beratungen der sog. Institutionen (Kommission, ESM, EZB und IWF) weiter, obwohl aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zum weiteren Vorgehen in Griechenland seit Dezember 2016 keine Überwachungsmission der Institutionen nach Athen mehr unternommen wurde. Seitens der griechischen Regierung wird die Verabschiedung zusätzlicher Reformmaßnahmen zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit nach Auslaufen des ESM-Programms im Jahr 2018 weiterhin abgelehnt.“

Ob der IWF sich weiterhin an der griechischen Schuldenorgie beteiligen will, bleibt zu bezweifeln. De facto ist der Währungsfonds im Sommer 2015 aus der Griechenland-Rettung ausgestiegen. Vom IWF ist seitdem kein einziger Cent mehr in Richtung Athen geflossen. Und egal welcher Eindruck auch erweckt wird: Am 19. August 2015 hat der Bundestag das dritte Griechenland-Paket in Höhe von 86 Milliarden Euro in der Hoffnung darauf beschlossen, dass sich der IWF beteiligt. Wenn der IWF den Daumen senkt – wovon ich ausgehe –, braucht es keine neue Parlamentsbefassung. Das hat auch der Wissenschaftliche Dienst bestätigt. Natürlich wird, wenn Frau Lagarde aussteigt, die Stimmung innerhalb unserer Fraktion auf den Tiefpunkt sinken: Schließlich haben Finanzminister und Fraktionsvorsitzender politisch ausdrücklich versprochen, dass dies nicht geschehen werde.

Mittlerweile hat sich die griechische Regierung dazu verpflichtet, „zusätzliche Reformmaßnahmen zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit nach Auslaufen des ESM-Programms zu verabschieden“, wie uns jüngst mitgeteilt wurde. Es dürfte wohl inzwischen keinen Stein mehr in Griechenland geben, der nicht schon dreimal reformiert wurde. Jetzt wird wieder einmal ein Maßnahmenpaket erarbeitet, das Ende Mai/Anfang Juni vorgestellt werden soll. So geht es schon seit Jahren: Harte Euros gegen wachsweiße Zusagen. Wie geprügelte Hunde kommen die Vertreter der Troika immer wieder aus Griechenland zurück, als Parlamentarier komme ich mir verhöhnt vor.

Und auch innerhalb der Troika gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommission, EZB und IWF. Etwas nebulös heißt es hierzu: „Einige vertreten die Auffassung, dass das Land bis zum Herbst 2017 ohne gravierende finanzielle Engpässe auskommen könnte. Andere rechnen mit schwerwiegenden Finanzierungslücken bereits im Sommer 2017.“

Aus einem Schreiben aus dem Bundesministerium der Finanzen geht hervor, dass Griechenland auf ein viertes Programm zusteuert, wenn in Griechenland nicht endlich der Reformeifer ausbrechen sollte. Die griechische Taktik sieht aber genau anders aus. Athen möchte beweisen, dass es nicht in der Lage ist, die vereinbarten Reformen zu erfüllen. Das Land möchte wie vor dem Jahr 2010 durchgeschleppt werden. Griechenland ist kein Opfer, jedenfalls nicht das Opfer vermeintlich böser Mächte wie Deutschland. Griechenland ist das Opfer seiner selbst. Nur wenn Griechenland das einsieht, hat es eine Chance. Je eher die Transferzahlungen eingestellt werden, desto schneller wird Griechenland zu dieser Einsicht kommen. Die jüngst erfolgten Parteineugründungen weisen aber leider in eine ganz andere Richtung.

PS: Einige Banken in unserem Land verlangen seit Kurzem eine Gebühr für das Geldabheben

aus Guthaben. Auch dies ist eine Folge der verfehlten Eurorettungspolitik. Die EZB hat den Leitzins soweit gesenkt, dass das Hauptgeschäft der Banken wegfällt.

## **DAS FALSCHES SPIEL MIT DER INNEREN SICHERHEIT**

Mehr als 64.000 Attacken auf Polizisten zählte die Kriminalstatistik im vorvergangenen Jahr 2015. Übergriffe auf Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst sind dabei noch nicht eingerechnet. Die mitunter in Verachtung umschlagende Respektlosigkeit gegenüber den Garanten der öffentlichen Sicherheit ist für sich genommen leider nichts Neues. Die signifikante Zunahme solcher Übergriffe – knapp zehn Prozent allein zwischen 2013 und 2015 – setzt jedoch ein Ausrufezeichen hinter einen ohnehin bereits alarmierenden Trend.

Bei den linksautonomen Gewaltexzessen während der EZB-Eröffnung in Frankfurt am Main im März 2015 wurden 150 Polizisten verletzt und Feuerwehrleute bei ihrem Hilfeinsatz angegriffen. Jungen Soldaten der Bundeswehr wird beim Wochenendappell nahegelegt, den Zug in die Heimat nicht „in grün“ zu besteigen, um Pöbeleien oder Übergriffe nicht zu „provokieren“. In der Hauptstadt firmieren linksradikale Hausbesetzer, Schläger und Gewalttäter mittlerweile unter „politischem Aktivismus“ in Kulturgutnähe. Die Axt-Attacke des IS-Terroristen von Würzburg wurde im intellektuellen Tiefflug von Renate Künast mit der kritischen Frage begleitet „Wieso der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden [konnte]???? Fragen!“.

Im Gegensatz zu unseren Partnerländern dies- und jenseits des Atlantiks können wir uns hierzulande nicht an einer ausgeprägten Kultur des Respekts, der Achtung und der Dankbarkeit gegenüber unseren Sicherheitskräften erbauen. Dieser mangelhafte gesellschaftliche wie politische Rückhalt sowie eine unzureichende strafrechtliche Ächtung senken

nicht nur die Hemmschwelle für höhere Aggression gegenüber Polizisten, Soldaten und Rettungskräften, sondern münden zudem auch beispielhaft in einem Künast'schen Zynismus gegenüber denen, deren Arbeitsplatz und -realität wohl zu weit weg ist vom eigenen wohligen warmen Bürostuhl.

Der Respekt vor denjenigen, die erhebliche persönliche Gefahren in Kauf nehmen, um anderen Menschen zu helfen und unser Land zu schützen, ist ein unverhandelbares Kernelement unserer Leitkultur. Sporadische Danksagungen, Betroffenheitsbekundungen und Sonntagsreden sind angesichts dessen zu wenig. Seit Jahren drängt die Union daher auf ein unmissverständliches Signal zur Stärkung des Strafrechtsschutzes für unsere Polizei- und Rettungskräfte.

Vor nahezu auf den Tag genau zwei Jahren brachte dann unser hessischer Innenminister Peter Beuth einen Gesetzesantrag in den Bundesrat ein, mit dem ein eigener Straftatbestand für Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte geschaffen werden sollte. Unterstützung erhielt er dabei vom saarländischen CDU-Innenminister Boullion, der ohnehin stets eine klare Kante zeigt. Zäh wie Teer hat die SPD im Bundesrat dieses überfällige Vorhaben torpediert, vertagt und blockiert.

Auch im Bund kämpfen wir seit Jahren gegen die Rechtspolitiker der SPD und das genossengeführte Bundesjustizministerium, die die Forderungen der Union nach mehr strafrechtlichem Schutz bislang abgelehnt hatten. Es ist beschämend und bezeichnend zugleich, dass man bei einem solchen Anliegen nicht auf einen breiten parlamentarischen Konsens zurückgreifen kann.

Während die SPD den Handlungsbedarf noch mit der Lupe suchen musste, haben Beuth, Boullion, der Bundesinnenminister und die Union mit Vehemenz und Nachdruck die Vorlage eines solchen Gesetzentwurfes eingefordert. Schließlich ist es uns gelungen, auf geistiger Basis der „Beuth-Papiere“ einen besseren Schutz von Einsatzkräften mit Hilfe des

Strafrechts durchzusetzen. Am 8. Februar 2017 hat das Bundeskabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf gebilligt, den wir am darauffolgenden 17. Februar bereits in erster Lesung im Plenum beraten und unterdessen zur Verfahrensbeschleunigung im Doppelverfahren an den Bundesrat gesandt haben. Pünktlich zum Wahlkampf sind also endlich auch die Sozialdemokraten auf unseren Kurs eingeschwenkt. Ohne den steten Druck aus Hessen und von Peter Beuth persönlich hätte sich die SPD wohl nicht bewegt.

Wer unsere Polizisten oder andere Einsatzkräfte angreift, muss die harte Antwort des Rechtsstaates spüren. Das darf allerdings keine Floskel bleiben, sondern muss sich auch in der Rechtspraxis niederschlagen. Der Gesetzentwurf definiert daher Attacken auf Polizisten und andere Vollstreckungsbeamte künftig als „Angriff auf einen Repräsentanten der staatlichen Gewalt“ und Übergriffe auf Beschäftigte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder der Rettungsdienste als „Angriff auf die öffentliche Sicherheit“.

Damit einhergehend sollen auch die Strafvorschriften verschärft werden. Während der bisherige Tatbestand des tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte nur im Rahmen einer Vollstreckungshandlung (wie z.B. einer Festnahme) greift, sollen Polizisten künftig während jeder Diensthandlung unter besonderem Schutz stehen. Gleichermaßen sollen die Strafbestimmungen zum Schutz von Rettungskräften geändert werden. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des

Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Alle neuen Regelungen gelten nicht nur für Polizisten, sondern auch für die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr, der Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerks und des Zivil- und Katastrophenschutzes. Auch diese leisten jeden Tag einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft.

Zwar gehen wir damit einige Schritte in die richtige Richtung. Allerdings hatten wir auf einen wesentlich weiteren Schutz- und Geltungsrahmen hingearbeitet, der unter anderem auch Mitarbeiter der Jobcenter, Jugendämter und Ausländerbehörden eingeschlossen hätte. Auch und gerade hier kommt es oft zu Androhung oder gar Ausübung massiver Gewalt. Das war mit der SPD bezeichnenderweise aber nicht zu machen. Womöglich fürchtete man auf Seiten der Sozis, durch Opferschutz Täter zu stigmatisieren. Das geht natürlich gar nicht.

Innen- und sicherheitspolitische Kompetenz sucht man in den Reihen der SPD jedoch nicht nur bei der Gallionsfigur des Totalversagens, NRW-Innenminister Ralf Jäger, vergeblich. Auch im Bund spannt sie die innere Sicherheit vor den Wagen des Wahlkampf kalküls. So forderte SPD-Fraktionschef Oppermann kürzlich, die Migrationsrouten über das Mittelmeer zu unterbinden und die dort geretteten Flüchtlinge in Auffanglagern in „stabileren Transitländern in Nordafrika – etwa Marokko und Tunesien“ unterzubringen.

Hier müssen wir unser Gedächtnis gleich zweimal bemühen. Erstens, wir erinnern uns (der geneigte Leser darf hier gerne meinen Hauptstadtbrief Nr. 132 von November 2015 (!) entstauben): Als Bundesinnenminister de Maizière 2015 Auffanglager, Transitzonen und Asylschnellverfahren an den deutschen Außengrenzen ins Spiel brachte, hagelte es KZ-Vergleiche und den Vorwurf realitätsferner

Fantasterei. Die Genossen bekamen Schnap-  
patmung beim Gedanken an frühzeitige und  
effektive Maßnahmen gegen die absehbare  
Massenmigration. Jetzt sind Auffanglager  
plötzlich Teil einer „kohärenten Flüchtlings-  
und Einwanderungspolitik“.

Zweitens, sollen die im Mittelmeer aufgegrif-  
fenen Migranten nicht etwa irgendwohin zu-  
rückgebracht werden, sondern in eben jene  
Länder, deren Einstufung als sichere Dritt-  
staaten die SPD seither Arm in Arm mit den  
Grünen im Bundesrat verhindert. Wenn die  
Maghrebstaaten laut Oppermann „stabile  
Transitländer“ sind, warum können abge-  
lehnte und straffällige Asylbewerber dann  
nicht dorthin abgeschoben werden? Egal, wir  
waren ja beim Thema „kohärente Flüchtlings-  
und Einwanderungspolitik“. Wahlweise sollte  
man Oppermann und der SPD vielleicht die  
Lektüre eines Fremdwörterlexikons oder das  
Studium einer Landkarte empfehlen.

Wir fassen zusammen: Abschiebungen in „un-  
sichere“ Maghrebstaaten: nein. Auffanglager  
an deutschen Außengrenzen: nein. Auffangla-  
ger in „unsicheren“ Maghrebstaaten fernab  
der deutschen Grenzen: ja. Man sollte fast  
meinen, im argumentationslogischen Sum-  
menspiel der SPD gibt minus und minus gleich  
plus.

Letztlich muss man der SPD aber dankbar  
sein, dass sie Martin Schulz als Kanzlerkandi-  
daten auserkoren hat. Denn nach den beiden  
Totalausfällen in den Jahren 2009 und 2013  
gibt uns seine Nominierung die Möglichkeit,  
die Unterschiede zwischen CDU/CSU und  
SPD herauszuarbeiten. Wir haben uns in den  
letzten Jahren in vielen Bereichen in eine ge-  
fährliche Schieflage begeben. Als Leser meines  
Hauptstadtbriefes wissen Sie, dass ich neben  
der Euro-Rettungspolitik besonders mit der  
Energie- und Flüchtlingspolitik meiner Partei  
hadere. Aber keinesfalls darf unser Land in die  
Hände eines Martin Schulz geraten. Während  
sich die unionsgeführten Bundesländer bemü-  
hen, möglichst viele abgelehnte Asylbewerber  
wieder in ihre Heimatländer abzuschieben,

setzt die SPD auf unkonditionierte Zuwan-  
derung. So betonte zuletzt die aktuelle Juso-Vor-  
sitzende: „Mir wäre es lieber, wenn alle bleiben  
könnten. Die Jusos sind für ein globales Recht  
auf Migration.“

Die ersten Regierungstaten seiner Parteige-  
nossen im Berliner Abgeordnetenhaus kom-  
mentierte der langjährige Bezirksbürger-  
meister von Neukölln und SPD-Urgestein  
Heinz Buschkowsky so: „Unisex-Toiletten und  
Rauschgift für alle. Volkstümlicher formuliert:  
Jeder kann pinkeln, wo er will oder sich die  
Birne zukiffen. Sicher etwas überzeichnet.  
Aber nur etwas. BER-Personalroulette mit  
und ohne fette Abfindungen, Sicherheitspoli-  
tik gegen 90 Prozent der Bevölkerung, Staats-  
sekretäre aus dem Stasi-Nachwuchs oder aus  
dem Islamistendunstkreis. [...] Wie fertig Mi-  
chael Müller bereits ist, zeigte sich dieser  
Tage.“

Schlimm genug, dass unsere Hauptstadt von  
einer rot-rot-grünen Koalition regiert wird.  
Dies darf sich im Bund nicht wiederholen.

## TÜRKISCHE INNENPOLITIK HAT IN DEUTSCHLAND NICHTS ZU

Am kommenden Sonntag stimmen die Türken  
über eine Änderung der Verfassung ab, die  
Präsident Erdogan deutlich mehr Macht ver-  
leihen und das Land einen weiteren Schritt in  
Richtung einer islamistischen Autokratie rü-  
cken würde.

Das türkische Verfassungsreferendum prägt  
seit Wochen auch die politische Debatte in  
Deutschland und Europa. Natürlich müssen  
wir eine solche Abstimmung in einem NATO-  
Mitgliedsstaat und EU-Beitrittskandidaten  
aufmerksam verfolgen. Türkische Innenpoli-  
tik aber hat auf deutschem Boden nichts zu su-  
chen! Genau das aber ignorieren Erdogan und  
Gefolge.

Zahlreiche Wahlkampfauftritte von Vertretern  
des Erdogan-Regimes wurden hier in  
Deutschland geplant und mitunter auch abge-  
halten. Dabei wurden u.a. bei der Anmietung

von Lokalitäten deutsche Behörden arglistig getäuscht, indem beispielsweise Tanzveranstaltungen angemeldet wurden, um Räumlichkeiten für die Propagandagesandten Erdogans anzumieten. Ich danke an dieser Stelle den Kommunen vor Ort, die hier wachsam waren und diese Inszenierungen unterbunden haben. Gleichwohl möchte ich betonen, dass das die Aufgabe der Bundesregierung, insbesondere des Außenministers gewesen wäre.

Hintergrund der geplanten Auftritte sind die Millionen Türken und Deutschtürken, die mit deutschem oder doppeltem Pass in Deutschland leben, die Errungenschaften unserer freien Gesellschaft und unserer Demokratie tagtäglich genießen, aber dennoch mit unserem Land, unseren Werten und unserer Kultur fremdeln oder sie sogar offensiv ablehnen. Sie empfinden sich nicht als Deutsche, sondern als Türken und sind daher auch mit der türkischen Regierung und dem türkischen Staat solidarisch und nicht mit unserem Land, in dem sie aufgrund eigener, freier Entscheidung leben.

Das Versagen der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte wird offenbar und wirft die Frage auf, ob wir uns nicht eingestehen müssen, dass sie ohne aufrichtigen Integrationswillen auch gar nicht gelingen kann. Das allein macht Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder überhaupt erst attraktiv und muss als gezielte Provokation der Türkei gegen Deutschland und unsere Werte eingeordnet werden. Erdogan versucht, einen Keil in die türkische Gemeinschaft in Deutschland und in die deutsche Gesellschaft als Ganzes zu treiben, seine Landsleute an sich zu binden und die für ein friedliches Miteinander in Deutschland nötige Integration und Assimilation zu unterbinden.

Wie wohltuend waren da die deutlichen Worte des österreichischen Außenministers Kurz, um diesem Ansinnen einen Riegel vorzuschieben. Das hätte ich gerne auch von unserem gehört! Gerade in Zeiten, in denen wir immer

schmerzlicher spüren, welche negativen Folgen die in großen Teilen misslungene Integration der letzten Jahrzehnte für uns in Deutschland hat und in welchem besorgniserregendem Umfang wir verfestigte Parallelgesellschaften überall in unserem Land beobachten können. Dadurch ist es ganz klar ein relevantes innenpolitisches Thema für alle politisch Handelnden in Deutschland.

Das Thema habe ich daher in unserer Fraktionssitzung am 7. März angesprochen. Der Darstellung im Lagebericht, dass es taktisch klug und ein Zeichen von Souveränität und Stärke sei, dass außer allgemeinen Erklärungen keine deutlicheren Äußerungen oder Maßnahmen gegen die Türken ergriffen werden, habe ich energisch widersprochen. Ich habe vor der Fraktion erklärt, dass ich diese Entscheidung für falsch halte. Im orientalischen Machismo-Umfeld werde das als Schwäche wahrgenommen.

Darüber hinaus stellte ich die Frage, wofür die EU in der zurückliegenden siebenjährigen Finanzplanungsperiode der Türkei eigentlich Jahr für Jahr 700 Millionen Euro Beitrittshilfe überwiesen habe. Außerdem habe ich davor gewarnt, dass im nächsten Schritt die Gründung ethnischer Parteien droht.

Ich freue mich in diesem Zusammenhang, dass sich der Stellvertreter im CDU-Bundevorsitz, unser hessischer Ministerpräsident Volker Bouffier, klar gegenüber Erdogan geäußert hat und betonte, dass er und Vertreter seiner Regierung hier für Wahlkampfauftritte unerwünscht sind.

Den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fordere ich schon lange. In meinem Kreisverband ist das auch seit 2014 Beschlusslage. Leider sind wir beim Bundesparteitag mit diesem Antrag gescheitert. Aber ich spüre sowohl in der Partei insgesamt als auch in der Bundestagsfraktion, dass die Befürworter eines solchen Schrittes stetig zahlreicher werden. Auch bei unseren europäischen Partnern findet diese Position mehr oder weniger parteiübergreifend immer mehr

Anhänger. Ich bin hoffnungsvoll gestimmt, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis wir dieses für uns obendrein sehr teure Schauspiel endgültig beenden.

Noch stärker als Erdogan es betreibt, kann man die Ablehnung der EU, ihrer Kultur und Werte und ganz konkret ihrer Mitgliedsstaaten kaum noch formulieren. Hier sollten wir uns umso stärker auf unsere Kultur besinnen und das alte deutsche Sprichwort achten: Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht.

### FROHE OSTERN!

Liebe Leser, Freunde und Unterstützer, ein intensives erstes Quartal 2017 liegt hinter uns, mit vollen Terminkalendern, regem Betrieb und reichlich Anlass zur Debatte. Mit seismischen Wahlen und Entscheidungen innerhalb und außerhalb Deutschlands hatte das noch junge Jahr ohne Zweifel bereits einiges zu bieten. Mehr liegt noch vor uns.

Zeit, innezuhalten und über die Osterfeiertage Ruhe und Einkehr zu finden, bevor es mit vollem Einsatz in die letzten Wochen der laufenden Legislaturperiode und anschließend nahtlos in den Wahlkampf geht.

Für das bevorstehende Osterfest darf ich auch Ihnen geruhsame Besinnung, frohe Stunden im Kreise der Lieben und zwischen Fisch und Osterschmaus genügend Muße für die frohe und Hoffnung stiftende Botschaft des Ostermorgens wünschen.

Wer sich danach wieder in die Arbeit stürzt, dem sei vorab und jahreszeitkonform gedankt:

Bienen! Immen! Sumseriche!  
Wer sich je mit euch vergliche,  
der verdient, daß man ihn töte!  
Daß zumindest er erröte!

Denn, wie ihr in Tal und Berg schafft  
ohne Zutun der Gewerkschaft,  
ohne daß man euch bezahle,  
ohne Streik und Lohnspirale,  
täglich, stündlich drauf bedacht,  
daß ihr für uns den Honig macht,  
ihr seid's wert, daß man euch ehre!

Wobei vorzuschlagen wäre —  
ob nun alt ihr, ob Novizen —  
euch von heute ab zu siezen!  
Unser Dank, unser Applaus  
säh in etwa dann so aus:  
»Sehr geehrte Honigbienen!  
Wir Verbraucher danken Ihnen!«

(Heinz Erhardt – An die Bienen)

Ihr



#### Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

#### Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de).

#### Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

#### Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

#### Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>